



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

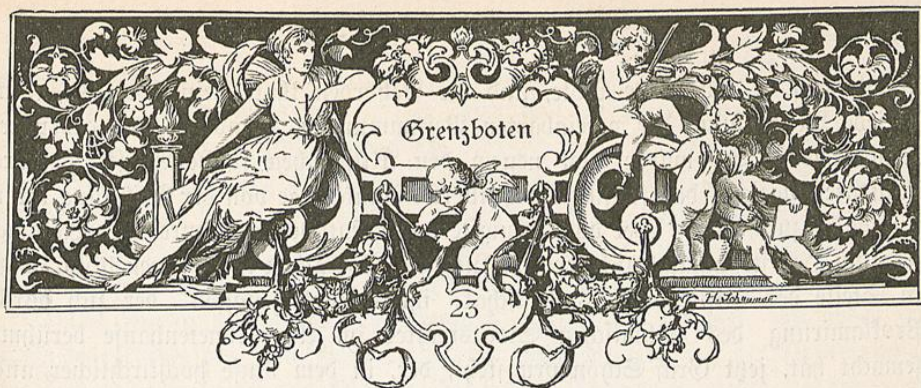
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Parlamentarisches aus Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Parlamentarisches aus Österreich



er österreichische Reichsrat ist vertagt. Mit frohen Hoffnungen hatten die deutschen Abgeordneten den Wiederbeginn der Sitzungen im Januar begrüßt, denn in der Zwischenzeit war ja, unzweifelhaft auf unmittelbaren Befehl des Kaisers, vom Ministerpräsidenten eine vorläufige Verständigung zwischen Vertrauensmännern der Deutschböhmen und der Tschechen zuwege gebracht worden. Und wenn auch die schwer begreiflichen Illusionen der Linken, die bereits zwei ihrer Führer an Stelle des polnischen Finanzministers und des klerikalen Ackerbauministers erblickte und die Beseitigung des herrschenden Systems nur noch als „Frage der Zeit“ betrachtete, sich rasch verflüchtigt hatten, so rechnete man doch mit Zuversicht darauf, daß die klaffende böhmische Wunde sich endlich schließen und daß die eine Anerkennung der Bedeutung des Deutschtums für Österreich weitere nach sich ziehen werde. Die deutschen wie die tschechischen Teilnehmer an den Beratungen bemühten sich redlich, ihren Parteien klar zu machen, für sie sei so viel erreicht worden, daß man andre Wünsche — auf deutscher Seite vor allem die Anerkennung des Deutschen als Staatssprache — wohl vor der Hand ruhen lassen könne. Und die deutschen Wähler stimmten dem bei, wenn auch zum Teil mit schwerem Herzen. Die Jungtschechen aber ließen sich nicht umsonst gesagt sein, daß ihre letzten Wahlerfolge eigentlich den Anstoß zu der „Ausgleichsaktion“ gegeben haben, da die Regierung und die Alttschechen selbst der deutschen Abgeordneten im böhmischen Landtage bedurften, um diesen nicht gänzlich den Radikalen auszuliefern. Eben jene Erfolge hatten ja gezeigt, welche Gewalt skrupelfreie Demagogen auf die große Masse auch in Böhmen ausüben können, der taktische Fehler, diese Partei von den Konferenzen auszuschließen, lieferte ihr zu den abgebrauchten Redensarten von dem unfindbaren böhmischen Staatsrechte, von der Unterdrückung der gebornen Herren des Landes durch

Fremde u. s. w. eine neue Note, und die Behörden thaten ein übriges, indem sie jede Besprechung der vereinbarten Bestimmungen, mündliche wie gedruckte, verhinderten. So wurde von neuem den Altschechen solche Angst um ihre Mandate eingejagt, daß sie sich durch allerlei Winkelzüge von der Erfüllung ihrer Zusage loszuschrauben oder doch wenigstens die Entscheidung durch den Landtag bis zum Herbst hinauszuschieben versuchten. Vor allem ist es ihnen lästig, daß an Stelle des Justizministers Praschak, ihres Parteigenossen, der sich durch Proklamirung des böhmischen Staatsrechtes im Abgeordnetenhause berühmt gemacht hat, jetzt Graf Schönborn steht, der, in dem Rufe hochkirchlicher und tschechenfreundlicher Gesinnung ins Amt gelangt, in diesem sich wirklich als Vertreter des Rechts ohne Rücksicht auf Parteifreundschaft gezeigt hat. Die gänzliche Verschleppung der Angelegenheit ist den Tschechen nicht gelungen, der Landtag berät sie, aber wie sie aus den Verhandlungen hervorgehen wird, läßt sich noch keineswegs sagen.

Und zum Schlusse des Reichsrates wurde den Deutschen noch nachdrücklich eingepreßt, wie sehr sie sich getäuscht hatten, als sie — zum wievieltenmal! — den Zerfall der Mehrheit verkündeten. Die schon oft verhandelte Frage, wer die Entschädigung für die Aufhebung der Robot in Galizien zu leisten habe, das Kronland oder das Reich, wurde „glücklich“ aus der Welt geschafft, d. h. das Reich übernimmt die Kleinigkeit von 106 Millionen Gulden der galizischen Grundentlastung auf seine Rechnung, während die übrigen Länder die entsprechenden Lasten selbst zu tragen haben. Das klingt unglaublich, aber die galizische Grundentlastung hat allerdings ihre eigne Geschichte, die nur nicht ganz so aussieht, wie die Polen mit gewohnter Unbefangenheit sie darstellen. Bekanntlich war im Jahre 1846 der Schlachta in Galizien der Versuch, die Landbevölkerung in den Aufstand hineinzuziehen, sehr übel bekommen, und daher war zur Zeit des Völkerfrühlings die Besorgnis nicht unberechtigt, der Bauer könnte die neue Freiheit in seiner Art zur Wahrheit machen wollen. Erklärte man ihn aus eigenem Antriebe frei auf seiner Scholle, so war die Möglichkeit gegeben, den Feind in einen Verbündeten zu verwandeln und mit dessen Hilfe die österreichische Herrschaft abzuschütteln. So klug war jedoch auch die Regierung; Graf Stadion, von dem später die Polen und deren deutsche Nachbeter aufbrachten, er habe die ruthenische Nationalität „erfunden,“ kam jenen zuvor und überbot sie auch gleich, indem er in dem Befreiungspatent vom 17. April dem Kaiser die Leistung der Entschädigung durch den Staat versprechen ließ. Darauf fußen nun die Polen und ihre Freunde. Aber das Patent ist anfechtbar; als es erlassen wurde, war Osterreich wenigstens dem Namen nach schon ein konstitutioneller Staat, das Versprechen ist später, wenn nicht formell, doch thatsächlich außer Kraft gesetzt worden.

Zimmerhin bleibt die Rechtsfrage streitig. Das gaben auch die deutschen Abgeordneten zu, und deshalb beantragten sie deren Entscheidung durch das

Reichsgericht. Sollte, sagten sie, dessen Spruch gegen die polnischen Ansprüche ausfallen, so werde man, wie immer, Billigkeit walten lassen. Doch die Polen müssen von der Unanfechtbarkeit ihres Rechtes nicht so durchdrungen sein, wie sie versichern, und die Unbilligkeit in der Hand dünkt ihnen sicherer als die Billigkeit in der Ferne. Genug, sie setzten im Verein mit Tschechen (alten und jungen), Slowenen, Südtirolern — die sich damit den Anspruch auf gute Gegendienste erwarben — die Annahme ihrer Forderung durch.

Alle Fraktionen der Linken stimmten geschlossen dagegen, mit ihnen ein Teil des Klubs der Deutschklerikalen, der Rest enthielt sich der Abstimmung: die Herren hatten nicht den Mut, zu der neuen schweren Belastung der deutschen Bewohner der Alpenländer, deren Vertreter sie sind, ja zu sagen, wagten aber auch nicht, sich gegen die Rechte aufzulehnen. Es ist nicht unmöglich, daß die ganze Partei in die Brüche geht, da die Bauern überhaupt kaum verstehen werden, weshalb sie für die galizische Grundentlastung zahlen sollen, umso weniger als ein gut katholischer konservativer Mann, der Abgeordnete Lienbacher, entschiedner als irgend ein Liberaler gegen die Zumutung aufgetreten ist. Die Linke spendete ihm dafür lebhaftesten Beifall; ob sie endlich einsehen wird, daß es eine verkehrte Politik ist, so viele Deutschen darum als Feinde zu behandeln, weil sie konservativ und kirchlich gesinnt sind, das ist mehr als fraglich.

Sind sie doch naiv genug, darüber entrüstet zu sein, daß die polnischen Redner sich nicht begnügten, ihren Schein vorzuweisen, sondern frischweg behaupteten, ihr vorher blühendes, glückliches Land sei durch das österreichische Beamtentum zu Grunde gerichtet worden. Das haben sie seit so langer Zeit und so oft erzählt, daß sie es vielleicht endlich selbst glauben. In den Sitzungsberichten des konstituierenden Reichstages von 1848 sind Reden zu finden, die dem jetzigen Hauptvortführer der Partei, dem Herrn v. Saworski, als Konzept gedient haben könnten. Damals schmähte ein Graf Potocki die Beamten, die sich herausgenommen hatten, die freie Bewegung des polnischen Adels im Konspiriren und im Bedrücken des Landvolks zu stören, versicherte zugleich, daß die Polen es mit Osterreich ehrlich meinten, wenn sie auch „ihre Zukunft nicht aus dem Auge verlären.“ Damals nahm der Minister des Innern, der sanfte Billersdorf, wenigstens seine Beamten in Schutz, indem er geltend machte, sie seien anders als die frühern. Diesmal blieb es der deutschen Opposition überlassen, die Ehre der Angegriffenen zu verteidigen, und erst nachdem Lienbacher im Abgeordnetenhaus, der Geschichtschreiber Arneth und der ältere Plener im Herrenhause dem Obmann des Polenklubs scharf zuleibe gegangen waren und nachgewiesen hatten, daß erst seit dem Einzuge der verunglimpften deutschen und tschechischen Beamten (unter denen es natürlich auch rüchtige Schafe gegeben haben wird) der galizische Bauer zu dem Bewußtsein seiner Menschenrechte gekommen ist, als man in Erinnerung gebracht hatte, daß die ganz allgemein

gehaltenen Beschuldigungen nicht allein Männer wie Stadion und Clam-Martinič und Taaffe, den Vater des Ministerpräsidenten, sondern sogar die Erzherzoge Maximilian und Karl Ludwig mitträfen, die, wenn nicht selbst das Volk „ausgebeutet“ und „sich bereichert,“ mindestens ein „Willkürregiment“ geduldet haben müßten, das nach Saworskis Ansicht ein „Schandblatt“ in der Geschichte Österreichs fülle: erst da ermannte sich der Minister für Galizien zu der Erklärung, Herr v. Saworski habe seine Worte nicht so böse gemeint. Dieser milden Auslegung widersprechen aber die polnischen Organe ganz bestimmt!

Solche Sprache verrät wohl, wie sehr den Herren der Ramm geschwollen ist, etwas Neues enthüllt sie uns nicht. Die Polen verlieren nie „ihre Zukunft aus den Augen.“ Ähnlich den Sozialdemokraten teilen sie sich in Aufrechte und Opportunisten, die vom Staate zu erringen trachten, was möglich ist, ihn aber nur anerkennen, so lange sie müssen. Sihen jetzt Vorträge über polnische Geschichte und über Zustände, auf die sich die deutsche Redensart „polnische Wirtschaft“ bezieht, zu halten, ist eine fruchtlose Mühe. Die glorreiche Republik mit dem Wahlkönig, der Adelsherrschaft, dem Veto, den Konföderationen und dem lustigen Leben ist und bleibt ihr Ideal, und die Hoffnung, daß eine europäische Verwicklung die Wiederherstellung des polnischen Reiches ermöglichen werde, verläßt sie nicht. Der alte Plener hielt den Galiziern vor, daß sie Grund hätten sich zu beglückwünschen, weil sie unter keine andre als österreichische Herrschaft gekommen seien, und das thun sie auch im Stillen, oder wenn Loyalität „opportun“ erscheint, laut, doch aufrichtig nur in dem Sinne, daß sie auf Österreichs Kosten „ihre Zukunft im Auge behalten“ dürfen.

Man könnte damit zufrieden sein, daß Tschechen und Polen so ungeschent die Masken abwerfen und für die Erkenntnis der Wahrheit wirken: das staats-erhaltende Element in Österreich muß auf Seiten der Deutschen gesucht werden. Leider ist auf der linken Seite des Abgeordnetenhauses der Zeitpunkt für passend gehalten worden, zu zeigen, daß auch da wenigstens die politischen Kinderstube noch nicht ausgetreten sind. Haut die Rechte die Beamten, so reibt sich die Linke an der Armee. In den Ostertagen gab es bekanntlich in einigen Vororten Wiens Krawalle, die von der liberalen Presse sehr ernst genommen wurden, da der Pöbel sich an jüdischen Brammtweinschänken vergriffen hatte. Ein Abgeordneter rügte die Verspätung des militärischen Eingreifens und lieferte eine mit abgeschmackten Wizeleien verbrämte Erzählung, aus der hervorging, daß in einer Kaserne die Mannschaft, die vorschriftsmäßig in Bereitschaft sein sollte, nicht bereit gewesen sei, der Offizier erst aus einem Theater geholt werden mußte u. dergl. m. Diese Erzählung erwies sich als grobe Entstellung. Als nun der Oberst des betreffenden Regiments vom Redner in der üblichen Weise Genugthuung verlangte, verschlang dieser seine eignen, in

dem amtlichen stenographischen Protokoll schon schwarz auf weiß vorliegenden Worte und behauptete, die Zeitungen hätten erst seiner Rede den erwähnten Sinn gegeben. Die Parteipresse aber, anstatt dankbar anzuerkennen, daß die Offiziere sich mit einem so sonderbaren Rückzuge zufriedengaben, erhob ein Wehgeschrei über indirekte Verletzung der Immunität. Wenn die Abgeordneten und die Journalisten doch wüßten, wie die gebildete Welt über das heilige Recht der erstern denkt, andre leichtfertig in ihrer Amtsehre zu beleidigen! Unfers Erachtens wäre es gerade für den Parlamentarismus sehr heilsam, wenn einer, der persönliche Anschuldigungen vorbringt, darauf gefaßt sein müßte, sich einer Pistolenmündung gegenüber zu stehen. Und die deutsche Linke kann sich darauf verlassen, daß ihre Gegner diese alberne Geschichte zu benutzen verstanden haben, wahrscheinlich besser, als sie die polnischen und tschechischen Thaten für ihre Partei ausnutzen wird.



Die soziale Frage

3



reimal sind wir im vorigen Aufsage auf den Geschmack gestoßen, als eine unerläßliche Bedingung sowohl für den Fortbestand und das Gedeihen sehr wichtiger Handwerke wie für eine gesunde Verteilung der Bevölkerung über das Land — Aufforderung genug, der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Geschmacks eine besondere Erwägung zu widmen.

Die Lazzaroni können mit zwanzig Pfennigen Tagesverdienst nicht allein leben, sondern sogar angenehm leben. Denn außer billiger Pflanzenkost braucht der Mann nichts als eine Schwimmhose; alle Lebensgenüsse: freie Luft, Seebad, Unterhaltung, Spiel, Tanz, Musik und — Liebe hat er umsonst. Der deutsche Tagelöhner, Fabrikarbeiter, Kleinhandwerker oder Unterbeamte braucht außer einer reichlicheren und kräftigeren Nahrung auch noch eine etwas vollständigere Bedeckung für den Sommer und warme Winterkleider, namentlich Stiefel, die sehr teuer sind, Wohnung und Feuerung; er muß Kommunalsteuern oder Gewerbesteuer zahlen; er muß, wenn er verheiratet ist, den Unterhalt der kleineren Kinder ganz, den der Frau und der halberwachsenen Kinder zum Teil bestreiten und hat auch nach Aufhebung des Schulgeldes noch manche